

Das Erste war die Mehrheit. Der Beschlussempfehlung des Ausschusses wurde gefolgt. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Ich rufe jetzt auf den

Tagesordnungspunkt 6:

Abschließende Beratung:

Europäische Stahlindustrie - vor unlauterem Wettbewerb schützen und für faire Handelsbedingungen im internationalen Stahlmarkt sorgen! - Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - Drs. 17/4972 - Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung - Drs. 17/5261 - Änderungsantrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - Drs. 17/5289

Der Ausschuss empfiehlt Ihnen, den Antrag unverändert anzunehmen.

Eine Berichterstattung ist nicht vorgesehen.

Der gemeinsame Änderungsantrag aller Fraktionen in der Drucksache 17/5289 zielt auf eine Annahme des Antrags in einer geänderten Fassung.

Wir kommen jetzt zur Beratung.

Zu Wort gemeldet hat sich der Kollege Stefan Klein von Bündnis 90/Die Grünen. Bitte schön!

(Zurufe: Nein, nein! - Heiterkeit)

- Jetzt habe ich die Fraktion noch größer gemacht.

(Zuruf von der CDU: Was heißt „noch größer gemacht“?)

Ich bitte um Nachsicht.

Stefan Klein (SPD):

Es hätte schlimmer kommen können.

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Herr Klein für die SPD-Fraktion, bitte schön! - Anschließend kommt Frau Westphely von den Grünen.

(Zuruf: Den würden wir auch nehmen!)

- Gucken wir mal, wer mehr bietet.

Herr Klein, bitte schön, Sie haben das Wort.

Stefan Klein (SPD):

Na, bei den Mehrheitsverhältnissen würde das ziemlich teuer werden, glaube ich.

(Heiterkeit - Jörg Bode [FDP]: Wir nehmen nur Überzeugungstäter!)

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herzlichen Dank für die Einleitung. Wir können wohl sagen, dass die Stahlindustrie in Niedersachsen in den vergangenen Wochen und Monaten eher wenige wirklich gute Tage erlebt hat. Ein solcher war sicherlich vor einem Monat die Verhängung von Strafzöllen auf kaltgewalzte Flachstahlerzeugnisse, einer war sicherlich auch der StahlDialog vor genau einem Monat hier in Hannover, und schließlich haben wir einen solchen auch heute, der - das kann man, glaube ich, sagen - zumindest Hoffnung macht. Denn es ist ein starkes Signal, dass alle Fraktionen dieses Hauses einen gemeinsamen Antrag auf den Weg bringen, der heute einmütig beschlossen werden wird. Dafür schon einmal herzlichen Dank allen, die dazu beitragen, dass das hier heute der Fall ist!

(Beifall bei der SPD sowie Zustimmung bei den GRÜNEN und von Dirk Toepffer [CDU])

Wir stellen uns damit an die Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, aber auch an die Seite der Unternehmen in Niedersachsen und darüber hinaus.

Der Antrag umfasst vier Punkte, die ich kurz benennen will - ich muss sie nicht im Detail ausführen; das haben wir hier schon vor etwa einem Monat debattiert -: Es geht einmal um die Gefahren durch die Vergabe des Marktwirtschaftsstatus an China eventuell noch im Laufe dieses Jahres.

Der zweite Punkt ist, dass wir fordern, dass die Antidumpingverfahren auf europäischer Ebene deutlich schneller und konsequenter durchgesetzt bzw. umgesetzt werden.

Der dritte Punkt ist, dass wir der Bedrohung aus Europa bezüglich der Vorgaben für unser EEG, aber auch - viertens - für den Emissionshandel in der vierten Handelsperiode ab 2021 entgegenzutreten wollen.

Das sind die vier Punkte, ganz knapp dargestellt.

Herzlichen Dank dafür, dass wir das gemeinsam machen können! Herzlichen Dank auch dafür, dass wir zwei Anträge für die heutige Abstimmung zu-

sammengeführt haben, nämlich unseren Ursprungsantrag von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zur Stahlindustrie und den Antrag der CDU-Fraktion, den ich einmal mit „Schutz für energieintensive Unternehmen“ umschreiben möchte! Dass wir daraus einen gemeinsamen Antrag gemacht haben, ist, glaube ich, auch in diesem Haus ein gutes Zeichen.

Ich möchte deutlich machen, dass die Punkte in dem Antrag, die ich hier genannt habe, für die Stahlindustrie unheimlich wichtig sind, weil sie die vier Bedrohungslagen darstellen. Sie sind nicht nur am Rand bedrohend, sondern sie sind existenziell. Deswegen müssen wir auch gemeinsam entschieden dagegen vorgehen.

Das tun wir hier jetzt auch. Der Landtag - alle Fraktionen - und die Landesregierung sind sich hier völlig einig. Das hat auch der Stahldialog vor einem Monat gezeigt, und das zeigen die Gespräche, die Herr Ministerpräsident Weil, Herr Minister Wenzel und Herr Minister Lies sowohl in Brüssel als auch in Berlin zugunsten der niedersächsischen und damit der deutschen Stahlindustrie insgesamt führen. Ich glaube, dass wir hier heute einen guten Schritt in diese Richtung zur Hilfe der Stahlindustrie und der Grundstoffindustrie insgesamt machen.

In diesem Sinne noch einmal herzlichen Dank für die gemeinsame Arbeit an diesem Antrag und für das Zuhören sowie ein herzliches Glückauf!

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN sowie Zustimmung von Dirk Toepffer [CDU])

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank, Stefan Klein. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat sich Maaret Westphely zu Wort gemeldet. Bitte schön!

Maaret Westphely (GRÜNE):

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Auch ich finde, wir legen heute einen guten gemeinsamen Antrag zur abschließenden Beratung vor.

Der definitiv wichtigste Punkt ist unserer Auffassung nach die Aufforderung an Brüssel, für den schnelleren Einsatz der EU-Handelsschutzinstrumente zu sorgen. Die Anerkennung des Marktwirtschaftsstatus für China würde den Einsatz dieser Schutzinstrumente erschweren. Beides kann daher im Moment nicht unser Ziel sein; denn klar ist,

dass selbst die effizientesten und die wettbewerbsstärksten Unternehmen nicht auf die Dauer gegen Anbieter konkurrieren können, die mit staatlicher Unterstützung und wider marktwirtschaftlicher Prinzipien agieren und so im Prinzip jeden Preis unterbieten können.

Wenn in dieser entscheidenden Frage nicht gegengesteuert wird, würde auch der vollständige, aber unverantwortliche Verzicht auf ökologische und soziale Standards die Stahlindustrie in Europa nicht retten. Nur mit einem klaren ordnungspolitischen Rahmen sowohl für den Wettbewerb als auch für soziale und ökologische Standards werden sich die Unternehmen in Europa weiterentwickeln können.

Unbestritten ist auch, dass die Stahlindustrie in Europa nur dann eine Zukunft haben wird, wenn sie weiterhin und verstärkt auf Nachhaltigkeit, Innovation, Effizienz, Spezialisierung und Hochwertigkeit aufbaut.

(Beifall bei den GRÜNEN und Zustimmung bei der SPD)

Diese strategische Ausrichtung muss auch politisch unterstützt werden. Wir begrüßen es daher sehr, dass wir uns hier in einem parteiübergreifenden Antrag für einen funktionierenden Emissionshandel und für ambitionierte Emissionsminderungsziele aussprechen und dass wir parteiübergreifend die Initiative der Landesregierung unterstützen, mit der sie sich gegenüber der Kommission dafür eingesetzt hat, eine kostenfreie Zuteilung von Zertifikaten entsprechend dem Bedarf der effizientesten Unternehmen zu begrenzen. Damit fordern wir das technisch und wirtschaftlich maximal Machbare für den Klimaschutz ein, ohne die Branche zu überfordern.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Allen Unkenrufe heute - oder spätestens morgen, wenn wir zu dem Antrag zur Grundstoffindustrie sprechen - zum Trotz, dokumentieren wir damit unserer Meinung nach einvernehmlich, dass das Gegeneinander von Industriepolitik und einer Politik für mehr Klima- und Umweltschutz der Vergangenheit angehören kann, sofern alle Beteiligten bereit sind, sich zu bewegen und sich auf tragfähige Kompromisse zu verständigen.

Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)